



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 25. Juni 2012
(OR. en)**

11795/12

**COAFR 183
COPS 227
DEVGEN 179
ACP 112
RELEX 593**

VERMERK

erstellt vom Generalsekretariat
am 25. Juni 2012

Nr. Vordok.: 11785/12

Betr.: Schlussfolgerungen des Rates zur DRK

Der Rat hat auf seiner Tagung vom 25. Juni 2012 die in der Anlage enthaltenen Schlussfolgerungen angenommen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES

zur

Lage im Osten der Demokratischen Republik Kongo

1. Die Europäische Union (EU) verfolgt mit Besorgnis die Verschlechterung der Sicherheitslage und der humanitären Lage im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK). Die EU verurteilt die Meuterei und die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen in der Provinz Nord-Kivu. Sie fordert alle Länder der Region auf, aktiv mit den kongolesischen Behörden zusammenzuarbeiten, um die Gruppierung M23 und alle anderen bewaffneten Gruppierungen zu demobilisieren. Die Union ist besorgt angesichts der jüngsten Informationen über externe Unterstützung für die Meuterer, die im Widerspruch zu den vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängten Sanktionen steht. Sie fordert, dass vertrauenswürdige Informationen diesbezüglich eingehend geprüft werden.
2. Die EU appelliert an die Partner in der Region, insbesondere die DRK und Ruanda, den Dialog fortzusetzen, um der Gewalt so rasch wie möglich ein Ende zu setzen und eine dauerhafte politische Lösung zu erarbeiten.
3. Die EU appelliert an alle Akteure, einschließlich der bewaffneten Gruppierungen, alles Mögliche zu tun, um die Bevölkerung zu schützen und den Zugang für humanitäre Hilfe zu ermöglichen.
4. Die EU bekräftigt ferner ihren Aufruf, dass alle Urheber schwerer Verstöße vor Gericht gebracht werden müssen.
5. Die EU ermutigt die MONUSCO, die Stabilisierungsbemühungen gemäß ihrem Mandat fortzusetzen, insbesondere in Bezug auf den Schutz der Zivilbevölkerung. Sie weist erneut darauf hin, dass sie sich für die Förderung von Stabilität, Sicherheit und Entwicklung in der Region einsetzt, nicht zuletzt durch die Arbeiten, die insbesondere im Rahmen der europäischen Instrumente im Schlüsselbereich der Reform des Sicherheitssektors durchgeführt werden.